

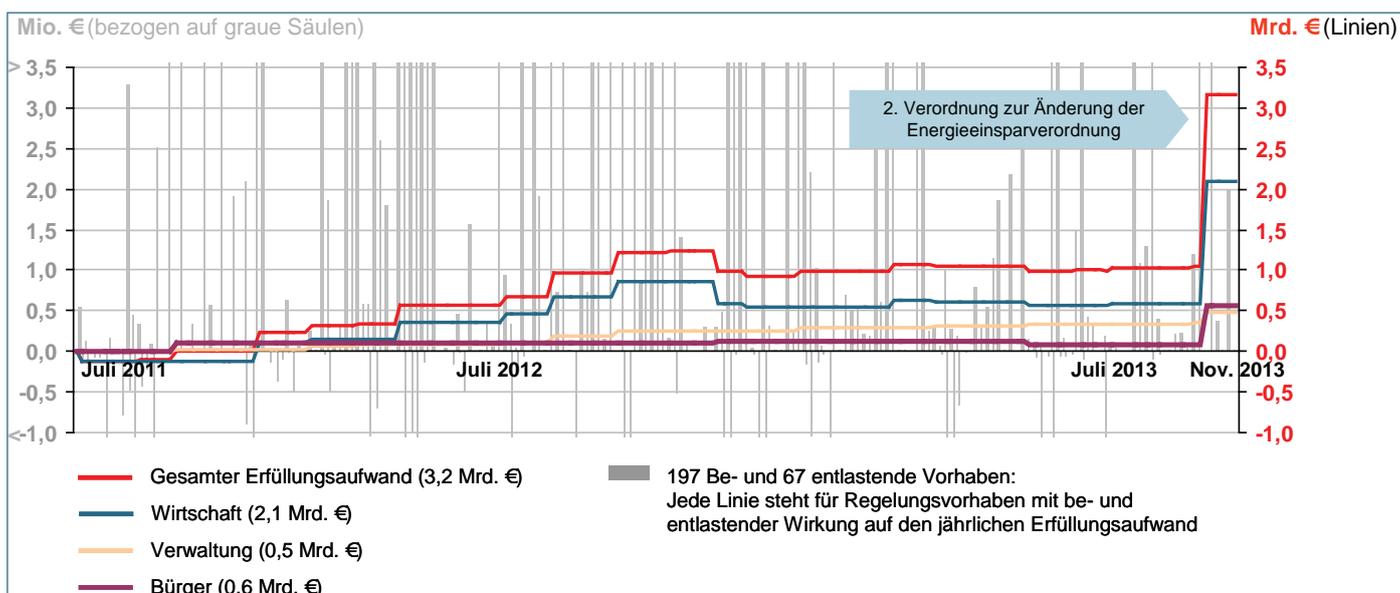
# NKR-info

Newsletter des Nationalen Normenkontrollrates, Nr.: 5/2013  
Dezember 2013

## Themen im Überblick:

1. 18. Dezember 2013: Auf in die nächste Runde - Koalitionsvertrag fordert spürbaren Bürokratieabbau - NKR setzt auf quantitative Ziele
2. 26. November 2013: Sächsische Landesregierung - Bürger können online Gesetzentwürfe diskutieren
3. 18./19. November 2013: Treffen der Sekretariate der unabhängigen Räte für Abbau von Bürokratie und Bessere Rechtsetzung in Berlin – Zusammenarbeit in 2014
4. 4. November 2013: E-Government-Symposium – Die Bedeutung des E-Government für den Bürokratieabbau
5. 19. September 2013: Bilanz und Ausblick – EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Gespräch mit Mitgliedern der „Stoiber-Gruppe“
6. Hinweis: Neue Informationsbroschüren des NKR

## Auf in die nächste Runde: Koalitionsvertrag fordert spürbaren Bürokratieabbau – NKR setzt auf quantitative Ziele



**Berlin 18. Dezember 2013.** Der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates (NKR), Dr. Johannes Ludewig, sieht im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode erneut wichtige Grundlagen für bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau gelegt: „Mit dem Koalitionsvertrag hat die neue

Bundesregierung die Bedeutsamkeit von Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung für den Wirtschaftsstandort Deutschland erneut bekräftigt“, sagt Ludewig. „Eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung und geringe Folgekosten aus Gesetzen stärken unsere Unternehmen und entlasten Bürgerinnen und

Bürger spürbar. Auch in der nun begonnenen Legislaturperiode wird sich der NKR dafür stark machen.“

Spürbare Entlastungen sind das Ziel. Der Erfüllungsaufwand ist seit Beginn seiner Erfassung im Juli 2011 bis zum Ende des Jahres 2012 stetig angestiegen. Seit Anfang dieses Jahres blieb er zwar auf etwa gleichem Niveau, ist dann jedoch zum Ende des Jahres 2013 aufgrund der Energieeinsparverordnung sprunghaft um 2,1 Mrd. Euro auf insgesamt 3,2 Mrd. Euro jährlich gestiegen.

„Mittels Evaluierungen bestehender Gesetze, Projekten über Verwaltungsebenen hinweg, der konsequenten Nutzung von E-Government im Verwaltungsvollzug und nicht zuletzt durch ein besonderes Augenmerk auf die Europäische Gesetzgebung – allesamt Maßnahmen, die der Koalitionsvertrag vorsieht – können spürbare Entlastungen erreicht werden“, sagt Ludewig. „Was wir darüber hinaus aber noch brauchen, sind messbare Zielvorgaben.“

Für die Europäische Gesetzgebung fordert der Koalitionsvertrag sektorspezifische Abbauziele. „Das

sollten wir uns zum Vorbild nehmen“, fordert Ludewig. „Auch für nationales Recht sollten die einzelnen Ministerien Regelungsbereiche identifizieren, die das größte Potenzial zur Vereinfachung und zur Verringerung der Regulierungskosten bieten und messbare Abbauziele definieren“, so Ludewig. „Die Mühen und Anstrengungen der vergangenen Legislatur für mehr Kostentransparenz und Kostenbewusstsein waren auch deshalb von Erfolg gekrönt, weil es ein messbares Ziel gab, auf das alle zusteuerten. So hat die Regierung den Abbau von rund 12 Mrd. Euro Bürokratiekosten erreicht“, sagt Ludewig.

Besonders begrüßt der NKR die im Koalitionsvertrag vorgesehene ressortübergreifende Strategie „Wirkksam und vorausschauend regieren“ mit ressortübergreifenden Zielen und vermehrter Durchführung von Wirkungsanalysen bzw. Evaluationen bestehender Gesetze und Programme. „Eine systematische Evaluierung von Regelungen mit hohen zu erwartenden Folgekosten wurde in 2013 von der Bundesregierung beschlossen und muss in dieser Legislatur mit Leben gefüllt werden“, sagt Ludewig. „Auch dafür werden wir uns stark machen.“

## Sächsische Landesregierung - Bürger können online Gesetzentwürfe diskutieren

**26. November 2013.** Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa bietet Bürgerinnen und Bürgern seit dem 26. November 2013 erstmals die Möglichkeit, ihre Meinung zu Gesetzesvorhaben der Sächsischen Staatsregierung über eine Internetplattform einzureichen.

Als erstes Gesetzesvorhaben steht der Entwurf des Gesetzes zur Einrichtung eines Sächsischen Normenkontrollrates noch bis zum 11. Januar 2014 zur Diskussion. Anregungen gehen direkt bei Fachleuten im Ministerium ein und werden dort ausgewertet. Die Sächsische Staatsregierung plant die Einrichtung eines Normenkontrollrates und hat ein entsprechendes Vorhaben auf den Weg gebracht. Der Sächsische Normenkontrollrat soll künftig die Folgekosten – den

so genannten Erfüllungsaufwand geplanter Regelungsvorhaben nach dem Vorbild des NKR auf Bundesebene – überprüfen.

### Weiterführende Informationen:

<https://onlinebeteiligung-sachsen.de/smjus/>

## Treffen der Sekretariate der unabhängigen Räte für Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung in Berlin - Zusammenarbeit 2014



Watchdog Directors Meeting 2013 in Berlin, Foto: NKR-Sekretariat

**Berlin 18./19. November 2013.** Zum letzten Mal in diesem Jahr trafen sich am 18./19. November 2013 Vertreter der Sekretariate der unabhängigen Räte für Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung aus Deutschland, den Niederlanden, Schweden, Großbritannien und der Tschechischen Republik – diesmal in Berlin.

Auf der Tagesordnung stand die Abstimmung über die weitere Zusammenarbeit mit Blick auf die europäische Agenda zum Bürokratieabbau in 2014. Angesichts der Wahl des neuen Europäischen Parlaments und der neuen Mandatierung der Europäischen Kommission ist eine enge Abstimmung besonders wichtig. Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit wird das frühzeitige Identifizieren von EU-Maßnahmen, die aus Sicht der unabhängigen Räte hohe Belastungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen erwarten lassen, sein.

Grundlage für eine Abschätzung dieser Maßnahmen bildet das jährlich erscheinende Arbeitsprogramm der EU-Kommission.

Auch über die Festschreibung von Abbauzielen für Bürokratieabbau tauschten sich die Vertreter der Sekretariate aus und stellten verschiedene Ansätze vor. So existiert zum Beispiel in Großbritannien das sogenannte „one-in-one-out“-Prinzip. Danach muss für jeden neuen Vorschlag, der zu Kosten führt, gleichzeitig ein Vorschlag vorgelegt werden, der diese Kosten entsprechend reduziert. In den Niederlanden dagegen ist ein Netto-Abbauziel festgeschrieben.

Das nächste Treffen ist für Januar 2014 in Brüssel vorgesehen.

## E-Government-Symposium: Die Bedeutung des E-Government für den Bürokratieabbau

**Schwerin 4. November 2013.** Experten und Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik sind am 4. November 2013 in der IHK zu Schwerin beim 2. Norddeutsch-Österreichischen E-Government-Symposium zusammengekommen. Die Veranstaltung ging der Frage nach, was wirtschaftsfreundliches E-Government ausmacht und was Deutschland in dieser Hinsicht vom E-Government-Vorreiter Österreich lernen könne.

Ratsmitglied Johann Hahlen, Beauftragter des Nationalen Normenkontrollrats für E-Government, war eingeladen, die Eröffnungsrede zu halten, in der er die Bedeutung von E-Government für den Bürokratieabbau herausstellte: „E-Government kann sehr viel zum Bürokratieabbau beitragen. Vor allem die Bürokratiekosten, die ja auf Vorgaben zur Beschaffung, Bearbeitung und Übermittlung von Informationen und auf der Erfüllung von Nachweis- und Dokumentationspflichten beruhen, können durch Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik erheblich gesenkt werden. Deshalb hat der NKR ein besonderes Interesse daran, E-Government in Deutschland voranzubringen.“

In seiner Rede ging Johann Hahlen auf den Entwicklungsstand von E-Government in Deutschland ein, das überwiegend immer noch das „Bild eines Flickenteppichs mit unkoordiniert nebeneinander stehenden Insellösungen“ böte. Es gebe eine Vielfalt paralleler IT-Verfahren, die oft wenig an den eigentlichen Bedürfnissen von Bürgern und Wirtschaft ausgerichtet seien. So würde „lediglich ein digitales Abbild der Papierwelt hergestellt“, notwendige Prozessoptimierungen blieben in der Regel aus. Im Ergebnis beschafften die einzelnen Verwaltungen eigene, auf ihre speziellen Bedarfe ausgerichtete Anwendungen, die sehr lange und teure Entwicklungsphasen durchliefen.

Für den weiteren Ausbau von E-Government in Deutschland wünsche er sich mehr „politischen Rückenwind von ganz oben“, so Johann Hahlen weiter. Nötig sei eine Stärkung der IT-Steuerung in Bund und Ländern, die zu einer Konsolidierung, Vereinheitlichung und Standardisierung von E-Government in Deutschland beitrage: „Denn ohne eine verbindliche IT-Planung und IT-Steuerung bleibt der digitale Fortschritt im Gewirr der Kompetenzen und Besitzstände stecken.“ In E-Government und effiziente Rahmenarchitekturen müsse zunächst investiert werden, Einspareffekte zeigten sich erst nach Jahren. Gleichwohl müsse sich E-Government auch rechnen: „Das Verhältnis von Kosten und Nutzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung selbst



Ratsmitglied Johann Hahlen am 4. November 2013 bei der IHK Schwerin, Foto: NKR-Sekretariat

darf nicht unverhältnismäßig werden“, mahnte Hahlen. Dazu sei es aber nötig, dass behördliche Sonderwege für E-Government-Lösungen vermieden, Projektlaufzeiten verkürzt und gemeinsam nutzbare IT-Basisdienste für Bund, Länder und Kommunen geschaffen würden.

## Bilanz und Ausblick – EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Gespräch mit Mitgliedern der „Stoiber-Gruppe“



Treffen von Mitgliedern der „Stoiber-Gruppe“ mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso in Brüssel (links im Bild) und dem Vorsitzenden des NKR Dr. Johannes Ludewig (rechts im Bild), Foto: NKR-Sekretariat

**Brüssel 19. September 2013.** Über das bisher Erreichte beim Bürokratieabbau auf EU-Ebene sowie über die noch beabsichtigten Maßnahmen der amtierenden EU-Kommission diskutierte José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, am 19. September 2013 mit den Mitgliedern der Hochrangigen Gruppe zum Bürokratieabbau in Europa („Stoiber-Gruppe“) unter dem Vorsitz von Ministerpräsident a.D. Dr. Edmund Stoiber. So seien in den vergangenen fünf Jahren Maßnahmen auf EU-Ebene verabschiedet worden, die ein Entlastungspotenzial für europäische Unternehmen in einer Größenordnung von 32,3 Mrd. Euro mit sich bringen würden. Darunter fällt beispielsweise die Umstellung auf ein rein elektronisches Rechnungsstellungssystem für die Mehrwertsteuer (sogenanntes e-Invoicing), für das die Kommission die EU-weit erwartete Entlastung allein auf 18,8 Mrd. Euro jährlich geschätzt hat. Unter ihrem dritten Mandat untersucht die „Stoiber-Gruppe“ unter anderem anhand ausgewählter Beispiele, inwieweit sich dieses Entlastungspotenzial auf Ebene der Mitgliedstaaten tatsächlich realisiert und welche Verfahrensweisen vorbildhaft für eine effektive Umsetzung der Maßnahmen in nationales Recht sind.

Bis zum Ende seiner Amtszeit im Oktober 2014 will

Präsident Barroso die europäische Agenda für intelligente Regulierung weiter vorantreiben. Kern dieser Agenda ist das REFIT-Programm (Regulatory Fitness and Performance Programme), das im Dezember 2012 ins Leben gerufen worden ist. Die Kommission hat den Bestand an EU-Vorschriften überprüft und möchte bis Ende 2014 knapp 50 Evaluierungen durchführen, um weitere Vereinfachungsmöglichkeiten sowie unnötige Regelungen zu identifizieren.

Zudem möchte sie auf eine Reihe ursprünglich beabsichtigter Legislativmaßnahmen (z.B. der Bodenschutzrichtlinie) verzichten bzw. bestehende EU-Rechtsakte aufheben. NKR-Vorsitzender und Mitglied der „Stoiber-Gruppe“ Dr. Johannes Ludewig sowie weitere Mitglieder der Gruppe forderten, dass sich die Kommission für die letzten 12 Monate ein weiteres ehrgeiziges quantitatives Abbauziel setze. Ein solches Ziel trage maßgeblich dazu bei, den notwendigen Druck aufrecht zu erhalten, um die Kosten aus EU-Rechtsakten auf das erforderliche Maß zu beschränken.

### Weiterführende Informationen:

Die Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 19.09.2013 finden Sie unter folgendem Link: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-836\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-836_de.htm)

## Hinweis: Neue Informationsbroschüren des NKR:

- über Auftrag und Arbeitsweise des NKR:  
„Bessere Rechtsetzung. Der Nationale  
Normenkontrollrat stellt sich vor“
- über Beispiele für Bürokratieabbau aus der  
Praxis: „Bürokratieabbau konkret. Beispiele für  
erfolgreiche Maßnahmen zum Bürokratieabbau“

Link zu den Publikationen:

<http://www.normenkontrollrat.bund.de>



Titelbilder Broschüren, Foto NKR-Sekretariat